

25.10.2010 – Ex-Kommissar Peter M. Schmidhuber: Mutmaßungen über die Zukunft der EU
(München)

Es gilt das gesprochene Wort!

Wie geht es mit der Europäischen Union weiter? Diese Frage stellt sich mehr denn je im Zeichen des neuen Vertrags von Lissabon sowie im Zeichen der Finanz-, Schulden- und Eurokrise. Erster Referent der „Europagespräche“ des Wintersemesters 2010/11 ist Peter M. Schmidhuber. Geboren 1931, studierte Schmidhuber Ökonomie und Rechtswissenschaften an der Universität München. Nach der Tätigkeit im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen 1961-1965 war Schmidhuber Mitglied des Deutschen Bundestags 1965-1969 und 1972-1978, des Europarats und der WEU-Versammlung 1976-1978 sowie bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und im Bayerischen Landtag 1978-1987. Im Anschluss war Schmidhuber Mitglied der EU-Kommission 1987-1995 unter dem Präsidenten Jacques Delors und von 1995 bis 1999 im Direktorium der Deutschen Bundesbank. Der prominente Gast des Instituts für Geschichte stellt in seinem Vortrag „Mutmaßungen über die weitere Entwicklung der EU“ an.

Mutmaßungen, beginnt Schmidhuber seine Ausführungen, seien immer mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Ihm gehe es hier nicht um die Zeichnung von visionären Szenarien, sondern er möchte lediglich aus seiner Perspektive Chancen und Grenzen der weiteren Entwicklung der Europäischen Union beleuchten.

Den Start des europäischen Integrationsprozesses sieht Schmidhuber 1951 mit der Montanunion. Der Zusammenschluss der sechs Gründerstaaten, deren gemeinsames Territorium ungefähr dem ehemaligen Reich Karls des Großen entsprechen, geschah aus vielerlei Beweggründen. Hauptintention jedoch dürfte die Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie gewesen sein. Die Gründerväter hatten hinsichtlich Europas zukunftsweisende Visionen: An Stelle der vielen Kriege innerhalb Europas sollte nun über einen belastbaren Interessenzusammenschluss eine institutionelle Grundlage für den friedlichen Vereinigungsprozess des Kontinents geschaffen werden. Jean Monnet (1888-1979) äußerte rückblickend zufrieden, dass Europa sich in der Krise bewiesen habe. Eine ganzheitliche Integrationsstrategie lag jedoch nicht vor, wechselnde Prinzipien des Prozesses waren Vergemeinschaftung und Intergouvernementalität.

Mittlerweile ist die EU auf 27 Mitgliedstaaten angewachsen, die zusammen ungefähr 500 Millionen Einwohner zählen. Vielfache weitere Beitrittsambitionen bestehen. Da die finalen Außengrenzen der EU somit noch nicht feststehen, können auch die geopolitischen Interessen der EU zur Zeit allenfalls vorläufig und näherungsweise angegeben werden. Auffällig in der neuen EU ist vor allem das wachsende Wohlstandsgefälle (zwischen den Extrempunkten Luxemburg und Bulgarien). Auffällig ist ebenso, dass der Reformeifer neuer Mitgliedstaaten nach erfolgtem Beitritt manchmal schnell versiegt.

Die Hauptlast für Zukunftsprojekte der EU, so Schmidhuber, liegen nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Da ein Großteil der Mittel der EU in den Agrarbereich einschließlich des ländlichen Raums fließt, bleiben für andere Aufgaben der EU nur geringe finanzielle Spielräume. Die globale Finanzkrise erzwingt die enge internationale Zusammenarbeit heute

geradezu. Um hinlängliches Gewicht zu haben und ihre Interessen weltpolitisch zur Geltung bringen zu können, müsse die EU hinsichtlich der globalen Herausforderungen mit einer Stimme sprechen.

Auf EU-Ebene liegt jedoch eine komplizierte Entscheidungsmechanik vor. Die Nationalstaaten geben nur ungern ihre Kompetenzen ab. Sie pochen auf den Grundsatz der begrenzten Einzelmächtigung (Art. 5 Abs. 1 EUV). Im Ganzen gesehen könnte man die Europäische Union jedoch, so Schmidhuber, als ein Experiment zwischen Bundesstaat und Staatenbund betrachten. Unter Verzicht auf eine rechtliche Qualifikation könnte man die EU als eine „politische Gemeinschaft von Völkern“ bezeichnen, die nicht alles zu teilen bereit ist, oder juristisch ausgedrückt: die EU als Mehrebenensystem des Regierungshandelns.

Im Folgenden schildert Schmidhuber seine inhaltlichen Einschätzungen zur zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Schmidhuber geht davon aus, dass die EU weiterhin vornehmlich mit soft-power agieren wird, das heißt, dass sie mit Hilfe von Werteorientierung, Glaubwürdigkeit und Kommunikation als Friedensmacht auftreten will. In der Machtfrage sieht der Referent einen grundsätzlichen Dissens der EU mit den USA, was auch innerhalb der NATO immer wieder deutlich werde.

Statt Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ gibt es nach Ende des Kalten Krieges neue Krisenherde, von denen Schmidhuber unter anderem den internationalen Terrorismus benennt, der nach Massenvernichtungswaffen strebt, den cyber-war, der den reifen Industriestaaten besonders gefährlich werden kann, die failing states (d.h. Staaten, die ihre Grundfunktionen nicht mehr erfüllen können und somit zu Brutstätten des Terrorismus werden können) sowie die Verknappung der Ressourcen. Ernste Versorgungsengpässe könnten hier zu neuen Kriegen führen.

Für diese schwierige Zukunft hat sich die EU strukturell zu wappnen gesucht. Die Schaffung des Amtes des „Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ (z.Zt. Lady Catherine Margaret Ashton) ist Ausdruck dieser Bemühungen. Allerdings sind die Möglichkeiten einer gemeinsamen Außenpolitik begrenzt, solange bei Entscheidungen in dieser Frage das Einstimmigkeitsprinzip greift.

Es fragt sich auch, ob die EU hinsichtlich bestimmter Werte zu einem Impulsgeber für die Welt werden wird. Schmidhuber glaubt, dass dies möglich sei. Weitere Anforderungen sieht er im Bereich der Bildung. „Wissen“ sei das derzeit wichtigste Kapital Europas. Eine Lösung müsse des Weiteren für die demographische Problematik gefunden werden. Auch das Energieproblem werde die EU zukünftig beschäftigen. Hier dürfe man nicht in Abhängigkeiten geraten. Einer auf Wahrung ihres Besitzstandes achtenden Bevölkerung wird zudem das Thema „äußere- und innere Sicherheit“ voraussichtlich immer wichtiger. Gerade hierzu sei es wichtig, dass die EU politisch mehr Gewicht erhält.

Viele dieser Probleme werden in der Strategie „Europa 2020“ aufgegriffen: Die Wachstumsförderung soll intelligent, nachhaltig und integrativ vonstatten gehen. Zu den hier formulierten Zielen gehört, dass 75% der Bevölkerung in Arbeit sein sollen, die global vereinbarten Klimaziele eingehalten werden, und die Bildungsanstrengungen auf allen Ebenen intensiviert werden. Die Last der Realisierung liegt allerdings weitgehend bei den Mitgliedstaaten. [http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm]

Das größte Zukunftsproblem der EU sieht Schmidhuber jedoch im Verhältnis der EU zu ihren Bürgern. Hier konstatiert er eine bis zur Aversion gehende Gleichgültigkeit der breiten Masse sowie ein „erstaunliches Informations- und Wahrnehmungsdefizit.“ Zwar gebe es allerdings auch in allen Mitgliedstaaten sehr aktive Gruppen, die die Idee der EU energisch propagieren und vorantreiben möchten, doch sie dringen in der öffentlichen Meinung nicht genügend durch. Diese passive Haltung der Bürger sei erstaunlich, da die EU seit ihrer Gründung erheblich zur Verbesserung der Lebensumstände der EU-Bürger beigetragen habe. Da er einem staatlichen Konstrukt, das nicht auf der Zustimmung seiner Bürger beruht, wenig Zukunftschancen einräumt, sieht er im öffentlichen Desinteresse eine ernste Gefahr. Nach den Gründen für die breite Gleichgültigkeit gefragt, sieht Schmidhuber diese vor allem darin, dass die EU sehr kompliziert ist und sich dem Bürger nicht auf Anhieb erschließt. Das Bildungswesen sieht er hier in einer besonderen, aufklärerischen Verantwortung. Brüssel könne die Vermittlung der EU nicht allein leisten. Auch die Medien seien in der Pflicht, der sie nur unzureichend nachkämen. In den großen Tageszeitungen beispielsweise würden EU-Themen nur selten aufgenommen, da diese die Leser angeblich nicht interessierten. Eine europäische Öffentlichkeit, so Schmidhuber, gebe es daher praktisch nicht, obwohl die technischen Voraussetzungen dafür vorhanden wären. Somit entwickelten die Bürger der Mitgliedstaaten kaum eine emotionale Bindung an die EU. Sie müssten aber zur Kenntnis nehmen, dass die Herausforderungen der Zukunft durch ihre „geliebten“ Nationalstaaten ohne den Zusammenschluss in der EU nicht zu bewältigen seien, schließt der Ex-Kommissar seine Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion wurde bezüglich der Verantwortung der Medien nachgehakt: Könnte sich nicht jeder Bürger, der dies wolle, online über die EU informieren? – Schmidhuber stimmte hier grundsätzlich zu, wies aber darauf hin, dass das Onlineangebot eben auch sehr umfangreich, unübersichtlich und anspruchsvoll sei. Der Normalbürger durchschaue dies nicht und empfinde es als intransparent. Die drei Kommissionsbüros in Deutschland (Berlin, Bonn, München) seien überfordert und könnten allein nicht durchdringen.

Eine andere Frage zielte darauf ab, welche Chancen Schmidhuber einem neuen „Superimperium“ bestehend aus USA und EU einräumen würde. – Der Ex-Kommissar jedoch zeigte sich überzeugt, dass diese Entwicklung eine sehr unwahrscheinliche sei. Die Mentalitätsunterschiede, auf die er bereits in seinem Vortrag hingewiesen habe, seien hierfür zu groß.